

Mit aller Gewalt Gorleben

Seit dem 1. Oktober 2010 werden nach 10 Jahren Unterbrechung die unterirdischen Ausbauarbeiten in Gorleben für ein Endlager mit hochradioaktivem Atommüll fortgesetzt.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung sucht die Konfrontation. Mit den Laufzeitverlängerungen für Schrottreaktoren will sie zurück in die energiepolitische Steinzeit und setzt alles daran, die Vormachtstellung der Großen Vier, E.on, RWE, Vattenfall und EnBW, im Strommarkt zu sichern. Mit aller Gewalt will sie aber auch ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll in Gorleben durchsetzen. Seit dem 1. Oktober 2010 werden nach 10 Jahren Unterbrechung die unterirdischen Ausbauarbeiten fortgesetzt.

Im Jahr 2000 hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung für die Untersuchungen im Salzstock Gorleben ein Moratorium für die Dauer von maximal 10 Jahren verhängt. Grund dafür war, dass die unterirdischen Arbeiten keinen weiteren Sinn machen würden, wenn nicht zunächst geklärt würde, welche Sicherheitsanforderungen überhaupt an ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll, der über eine Million Jahre von der Umwelt abgeschirmt werden muss, zu stellen sind. Außerdem sollten alternative Standorte gesucht und gefunden werden, um diese auf Basis der neuen Sicherheitsanforderungen

Seit Oktober wird im Salzstock Gorleben wieder unterirdisch gearbeitet



Foto: argus/Scholz

überhaupt miteinander vergleichen zu können. Während die Sicherheitsanforderungen immer mehr den Bedingungen am Standort angepasst werden, ist in Sachen Standortsuche bis heute nichts passiert.

Daher ist Gorleben Dreh- und Angelpunkt für den Betrieb der Atomkraftwerke. Denn ohne Fortschritte in der Frage, wo und wie der Atommüll entsorgt werden kann, wäre auch rechtlich das Ende für die Atomreaktoren gekommen. Die „Fortschritte“ in der Entsorgung sind als sogenannter Vorsorgeentsorgungsnachweis Bestandteil der Betriebsgenehmigungen. Würde Gorleben wegen der heute bekannten Sicherheitsmängel aufgegeben, wäre es vorbei mit der Atomenergie. Kein Wunder, dass die Atomkonzerne bei dieser Frage entschlossen zusammenstehen.

Atommüllproduzenten verdienen an der Entsorgung

Bislang werden die Arbeiten in Gorleben vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) „geleitet“. Das BfS ist eine dem Umweltministerium nachgeordnete Behörde und fachlich für die Beratung der Bundesregierung in allen Fragen des Strahlenschutzes und auch der Endlagerung zuständig. Gleichzeitig ist sie Antragstellerin für das Endlager in Gorleben (ebenso für die Atommülllager Schacht Konrad, ASSE und Morsleben).

Schon dies ist seit Jahrzehnten ein Skandal, denn eine wirkliche Unabhängigkeit kann es in dieser Konstellation natürlich nicht geben. Die konkrete „Baustelle“ Gorleben wird von der DBE betrieben, der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH. Die ist gemäß Atomgesetz für die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesamt für Strahlenschutz, Salzgitter, mit der Planung und der Errichtung von Anlagen des Bundes zur Endlagerung von radioaktiven Abfällen beauftragt

und neben Gorleben auch für den Schacht Konrad zuständig. Sie ist damit Hauptauftragnehmer des BfS.

Die DBE gehört zu 75 Prozent der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS). Diese wiederum ist zu 100 Prozent im Besitz der Atomkonzerne Vattenfall, E.on, RWE und EnBW. Das BfS vergibt also an die DBE die Aufträge und bezahlt diese aus dem Geld, das die Konzerne zuvor als Entsorgungsvorausleistungen an den Bund gezahlt haben. Anders ausgedrückt: Mit jedem Auftrag im Rahmen der Endlagerung verdienen die Konzerne das Geld, das sie zuvor an den Bund gezahlt haben. Skandalöser geht es eigentlich gar nicht und so ist die Atommüllentsorgung nur ein anderes Wort für Geldwäsche.

Als wäre das noch nicht genug, dürfen die Atomkonzerne bis heute, unangestastet von rot-grünen oder schwarz-gelben Regierungen, die Kosten für die Entsorgung des Atommülls in steuerfreie Rückstellungen nehmen. Das heißt: Die Konzerne schmälern mit den künftigen Kosten für die Atommülllagerung ihre steuerpflichtigen Einnahmen! Schon das bringt natürlich finanzielle Vorteile. Gleichzeitig können sie dieses Geld einigermaßen frei anlegen. Etwa 40 Milliarden Euro stehen nach aktuellen Schätzungen damit den Atomkonzernen zur Verfügung. Geld, mit dem die Expansion von z.B. E.on und RWE im europäischen Markt finanziert wird und das dazu beiträgt, dass beide Konzerne inzwischen zu den größten Energiekonzernen in Europa gehören.

Klar, dass die Atomkonzerne ein überaus gewichtiges Wort mitzureden haben, wenn es um die Entsorgung des Atommülls geht. Bislang sind für die Arbeiten in Gorleben, aber auch für Studien und gutachterliche Beratungen etc. rund 1,5 Mrd. Euro ausgegeben worden. Zusammen mit der Bedeutung der Entsorgung für den weiteren Betrieb der AKWs sind



Foto: argus/Raupach

das gute Argumente für die Atomindustrie, alles zu tun, dass Gorleben die einzige und entscheidende Endlagerbaustelle für hochradioaktive Abfälle bleibt. Ein neues Standortsuchverfahren stört da nur und vergleichende Untersuchungen über die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Standorte oder auch Wirtsgesteine, in denen der Atom Müll eingelagert werden könnte, kosten nur Geld.

Gorleben ist nicht sicher

Die gravierendsten Sicherheitsdefizite für die dauerhafte Lagerung von hochradioaktiven Atomabfällen in einem Salzstock in Gorleben sind seit vielen Jahren bekannt. So fehlt über dem Salzstock eine geschlossene, wasserabweisende Schicht, die das Salz, in dem der Atom Müll eingelagert werden soll, von oben schützt. Bei der direkten Nähe der Elbe ein unbedingtes Muss. Immerhin zieht sich der Salzstock unterirdisch aus dem niedersächsischen Wendland unter der Elbe durch. Außerdem muss die Sicherheit für den Zeitraum von einer Million Jahre garantiert werden. Das bedeutet, dass das potentielle Endlager auch vor zukünftigen Eiszeiten oder Folgen des Klimawandels geschützt werden müsste. Aber auch im Salz selbst sind nach heutigem Wissen zahlreiche Wassereinschlüsse vorhanden, deren Verhalten über so einen langen Zeitraum nur schwer zu beurteilen sind.

Inzwischen wurde auch bekannt, dass in unmittelbarer Umgebung und möglicherweise auch direkt im Salzstock Erdgasfelder vorhanden sind. Bereits Ende der 60er Jahre sind auf der Seite der DDR diese Felder angebohrt worden, wobei es mehrfach zu Explosionen gekommen sein soll. Damit könnten zusätzliche Öffnungen im Salzstock entstanden sein. Professor Klaus Duphorn, Geologe und ehemals für die Bundesregierung tätiger Gutachter, hatte vor dem Gorleben-Untersuchungsausschuss zur Eignungsfrage des Gorlebener Salzstockes erklärt: „Das ist für mich das Hauptproblem Nummer Eins“.

Politik statt Sicherheit

Schon die Festlegung auf den Standort Gorleben in den 70er Jahren war vor allem politisch geprägt und hatte wenig mit Sicherheitsfragen oder geologischen Vorteilen des Standorts zu tun. In einer Liste mit möglichen Standorten für ein Atom Mülllager war Gorleben zunächst gar nicht enthalten. Erst als sich in den präferierten Regionen schnell Widerstand regte, kam Gorleben auf diese Liste, denn in dieser an der ehemaligen DDR-Grenze gelegenen abgeschiedenen Region wurde kaum mit Widerstand gerechnet.

Immer wieder waren offenbar politische Motive für die Wahl von Gorleben bedeutsamer als Sicherheitsfragen. Seit

Anfang des Jahres arbeitet ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss „Gorleben“ des Bundestags. Dieser geht der Frage nach, ob es Anfang der 80er Jahre ein politisches Eingreifen der damaligen CDU-Bundesregierung gegeben hat, demzufolge Sicherheitsprobleme und Bedenken der Fachleute, die gegen Gorleben als Standort sprachen, beschönigt oder auch gestrichen wurden.

Ein Verdacht, den im September 2009 der damalige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) in einem Entwurfsbericht mit Dokumenten unterfütterte. In diesem „Bericht zur Frage der politischen Einflussnahme auf den Zwischenbericht der PTB zur weiteren Erkundung des Standortes Gorleben (1983)“ heißt es in der Zusammenfassung: „Die Bundesregierung hat politisch Einfluss genommen. Sie wollte in der Öffentlichkeit keine Diskussion über eine alternative Standorterkundung führen und hat deshalb die PTB veranlasst, diese Empfehlung aus dem Bericht zu streichen. Die Darstellung der zu diesem Zeitpunkt wissenschaftlich bestehenden Zweifel an Gorleben wurde in der Zusammenfassung des Zwischenberichtes abgeschwächt.“

Aufgrund der Produktionszeiten des Magazin wurde dieser Artikel vor dem Castortransport nach Gorleben Anfang November geschrieben.

Dirk Seifert
www.robinwood.de/energie